

**BESCHLÜSSE**  
**des 29. ordtl. Landesparteitages**  
**der FDP Mecklenburg-Vorpommern**  
**am 06. und 07. April 2019**  
**in Ulrichshusen**

**Leitantrag: „Wer seine Heimat liebt, macht sie besser.“** **Seite 2-13**

---

**Zusammenschluss der FDP Kreisverbände Wismar  
und Nordwestmecklenburg** **Seite 14**

---

**Den Marineschiffbau in M-V sichern!** **Seite 14-15**

**Für eine bessere politische Nachwuchsförderung  
im Landesverband** **Seite 15**

**Aufbruch Ost – Innovationsregion Ostdeutschland anstoßen!** **Seite 15-18**

**Sicherheit auf Landstraßen erhöhen** **Seite 18**

**Grundsteuer aufkommensneutral, gerecht und kommunal  
steuerbar – die Bodensteuer** **Seite 18-19**

**Präventiver Hochwasser- und Küstenschutz  
in und an der Ostsee** **Seite 19**

**Eine Offensive für bezahlbaren Wohnraum in Mecklenburg-  
Vorpommern** **Seite 19-24**

**Karenzzeiten für Spitzenbeamte und Minister** **Seite 24**

**Familie ist mehr als Ehe** **Seite 24-25**

**Eine nationale Küstenwache schaffen** **Seite 25-27**

## **Wer seine Heimat liebt, macht sie besser.**

Mecklenburg-Vorpommern ist nicht nur eines der schönsten Urlaubsländer der Bundesrepublik. Mecklenburg-Vorpommern ist die Heimat, die die Menschen in unserem Bundesland lieben. Sie identifizieren sich stark mit ihrem Bundesland, seiner Geschichte, seinen Traditionen, seinen Landschaften und all seinen liebens- und lebenswerten Seiten. Mecklenburg-Vorpommern ist auch Forschung und Entwicklung, ist auch Handel und Gewerbe, ist auch Industrie. In diesem Geflecht aus wunderschöner Landschaft, aus Wirtschaftsregionen verschiedenster Branchen leben und arbeiten die Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich gern.

Die Arbeit und das Wirken der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes war es, was zu Wohlstand und Aufschwung des Landes beigetragen und nach der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung zu positiven Entwicklungen geführt hat.

Mecklenburg-Vorpommern ist aber leider auch eines der wirtschaftlich schwächsten Länder der Bundesrepublik. Schwaches Wirtschaftswachstum lähmt Innovation, hemmt Reallohnentwicklungen, verhindert gute und sichere Beschäftigungsangebote und bietet wenig Perspektiven.

Immer noch verlassen zu viele Menschen unser Bundesland, um anderswo in der Bundesrepublik ihr Leben zu gestalten. Immer noch kann unser Land seinen Bürgerinnen und Bürgern nicht ausreichend Perspektiven für ihr Leben bieten. Immer noch brechen im Bundesvergleich zu viele Schüler, Berufsschüler und Studenten ihre Ausbildung ab. Das muss sich ändern und das wollen wir Freien Demokraten Mecklenburg-Vorpommerns ändern, vom kleinsten Dorf bis zur *größten Stadt*.

### **Gesellschaftliche Kristallisationseffekte in der Fläche schaffen.**

Wir Freie Demokraten stehen für eine zukunftsgerichtete und visionäre Entwicklung des ländlichen Raums in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei setzen wir auf die besonderen Vorteile und Stärken unserer ländlichen Regionen. Wir wollen, dass Menschen ihre eigenen Lebensentwürfe gestalten können und dazu gehört, dass wir ihnen in unserem Land eine echte Wahl zwischen städtischem und ländlichem Lebensraum lassen. Wir möchten, dass es in unserer Gesellschaft ein Selbstverständnis ist gut versorgt dort leben zu können, wo sie sich wohlfühlen.

Unsere Dörfer bieten eine unvergleichliche Kulturlandschaft, die geprägt ist von denkmalgeschützten Gutshöfen und Kirchen, reetgedeckten Bauernhäusern und historischen Stadtvillen der Ostseebäder. Die Kulturräume zwischen den Siedlungen mit Baumalleen, erhaltenswerten freien Sichtbeziehungen umrahmen das Bild.

Zur Erhaltung unserer Landschaft, der einmaligen Natur und Umwelt brauchen wir ein entsprechendes gesellschaftliches Bekenntnis durch Überzeugung und Fortschrittsoptimismus anstelle von Bevormundung oder ideologisch motiviertem Pessimismus. Ökologisch und ökonomisch nachhaltig betrieben, sorgen regionale Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und Jagd für einen gerechten Ausgleich zwischen Nutzung und Bewahrung von Natur und Landschaft.

Gelingt es, Rahmenbedingungen für Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft zu verbessern, können sich gemeinsam mit dem Tourismus Kristallisationseffekte für neues Wachstum, zusätzliche Jobs und Investitionen entwickeln.

Die daraus entstehenden Impulse können neues Wirtschaftswachstum über unser gesamtes Flächenland auslösen.

Damit dies gelingen kann, wollen wir keine Entscheidungen aus Schwerin über die Köpfe der Gemeinden, sondern einen offenen Dialog auf Augenhöhe mit Entscheidungsträgern und engagierten Bürgerinnen und Bürgern.

Wir Freie Demokraten setzen uns deswegen für die Entwicklung verbindlicher und transparenter Verfahren zur Einbindung von Bürgern und Bürgerinitiativen bei allen Beteiligungsprozessen in den Städten und Gemeinden ein.

Mehr echte Bürgerbeteiligung heißt: Mehr Demokratie von unten anstelle Regierens von oben herab.

### **Kleine Städte als Versorgungszentren stärken.**

Ein Land zum Leben braucht mehr als einen Strandkorb am Ostseestrand. Unsere ca. 60 kleinen Städte zwischen 3.000 und 10.000 Einwohnern sind lebens- und liebenswerte Orte, die die wichtigsten Versorgungsleistungen für uns bereitstellen. Angefangen bei Arzt und Apotheke über die Lebensmittelversorgung, Schulen und Sportstätten bis hin zum Zugang zur öffentlichen Verwaltung, entscheidet sich an der Versorgungslage die Attraktivität des ländlichen Raums.

Unsere politischen Anstrengungen wollen wir darauf richten, die bestmögliche und zukunftsfeste Versorgung für unser tägliches Leben in diesen kleinen Städten sicherzustellen und zu stärken. Dies kann uns gelingen, indem wir den Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich endlich das Geld geben, das ihnen zusteht. Und es kann uns nur gelingen, wenn wir öffentliche Verwaltungsstrukturen, wie Polizei, Gerichte und Bürgerämter nicht länger aus der Fläche abziehen.

Daher fordern wir Freie Demokraten:

- die Weiterentwicklung zu eine Funktionalreform, die Erreichbarkeit garantiert und sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausrichtet.
- die Nutzung der Chancen digitaler Verwaltung wie auch die Gewährleistung persönlicher Betreuung und Beratung durch kompetente Ansprechpartner vor Ort.
- die Rückkehr zu regionalen Amtsgerichten mit mehr Personal für einen wahrnehmbaren und durchsetzungsstarken Rechtsstaat.
- eine stärkere Präsenz von Sicherheit und Ordnung in der Fläche mit deutlich mehr Personal und moderner Sachausstattung.
- eine gesicherte medizinische Versorgung in einem Entfernungsradius, der von allen Bürgerinnen und Bürgern bewältigt werden kann.
- Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger, damit alle am vielfältigen Leben im ländlichen Raum teilhaben können. Dazu gehört ein bezahlbarer, bedarfsgerechter und erreichbarer ÖPNV, ohne dass die weiterhin notwendigen Individualverkehre ideologisch stigmatisiert oder gar verboten werden.
- eine Finanzausstattung der Kommunen, die angemessenen Raum für freiwillige Leistungen lässt, die dem Bundesdurchschnitt entsprechende Pro-Kopf-Investitionen sicherstellt und die die Gemeinden nicht nur zu Erfüllungsgehilfen für von Land und Bund vorgegebene Pflichtaufgaben degradiert.
- den konsequenten Breitbandausbau im ländlichen Raum, um wirtschaftliche Ansiedlungen und Beschäftigung über Telearbeitsmodelle, neue digitale Bildungskonzepte und neue Versorgungsformen wie Telemedizin in jedem Dorf und jeder Stadt zu ermöglichen.

### **Wirtschaftliche Strahlkraft der großen Städte nutzen.**

Die kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte in Mecklenburg-Vorpommern haben über ihre Grenzen hinaus eine zentrale Bedeutung für die Menschen in unserem Land. Mit Krankenhäusern, Theatern, Bibliotheken, Volkshochschulen, Sportstätten, Schwimmbädern oder Hochschulen bieten sie ein Angebot, welches eine wichtige Voraussetzung für die Gewinnung und den Erhalt überregionaler Wirtschaftsansiedlung und neuer Fachkräfte ist.

Dafür müssen die Kräfte des Landes gebündelt sowie Potenziale freigesetzt werden, um beste Rahmenbedingungen für einen ernstzunehmenden Ansiedlungswettbewerb zu den Metropolregionen Berlin, Hamburg und Stettin zu bieten.

Dafür fordern wir Freie Demokraten:

- verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für Wirtschaftsansiedlung, insbesondere für Bestandsunternehmen, verbunden mit Begleitung und Förderung aus einer Hand.
- einen stärkeren Fokus auf die Bedürfnisse bestehender Ansiedlungen.
- ein Gesamtkonzept für Investitionen und Personalentwicklung in der Bildung, das ein attraktives Angebot für Betreuung und Bildung unserer Kinder ermöglicht und mit dem Fachkräfte aus anderen Bundesländern gewonnen werden können.
- die bessere Anbindung der Seehäfen und des Flughafens an das Schienennetz in Mecklenburg-Vorpommern mit funktionstüchtiger Hinterlandanbindung.
- eine klare Positionierung in einem Flughafenkonzept für das Land und den Einstieg des Landes als Gesellschafter beim Flughafen Laage und dessen strategische Positionierung als "Landesflughafen" und Drehkreuz im Ostseeraum. Dabei braucht der Flughafen für einen profitablen Betrieb eine stärkere Diversifizierung bei den nutzenden Airlines und den angesteuerten Flugzielen. Zukünftig sollte insbesondere die Nutzung des Flughafens als logistisches Drehkreuz in den Ostseeraum sowie die Bedeutung des Landesflughafens eine Beachtung finden. Das dauerhafte und klare Bekenntnis zum Landesflughafen Rostock-Laage verbinden wir mit einem nachhaltigen Finanzierungskonzept. Dazu wollen wir eine Prüfung der Möglichkeit der Beteiligung der privaten Wirtschaft an der Flughafengesellschaft.
- eine Reform der Gemeindefinanzierung, um diese unabhängiger von gönnerhaft vergebenen Landesmitteln und von konjunkturellen Schwankungen zu machen.

## **Mecklenburg-Vorpommern als unsere gemeinsame Heimat verstehen.**

Wir Freie Demokraten wollen weder Dörfer, noch Kleinstädte oder Oberzentren losgelöst voneinander betrachten oder isoliert entwickeln. Erst wenn wir eine Vernetzung von Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsräumen ermöglichen, die den Bedürfnissen der Menschen in unserem Land entspricht, können wir den ländlichen Raum dauerhaft als attraktiven Lebensraum etablieren. Städte und ihre Umlandgemeinden müssen sich miteinander auf Augenhöhe und ergänzend entwickeln können. Damit dies funktionieren kann, muss insbesondere die Infrastruktur und deren zukünftige Nutzung und Unterhaltung vorausschauend, übergreifend und vor allem gemeinsam geplant werden.

Nur bei gesamtheitlicher Betrachtung können einfache, praktikable Lösungen gefunden werden, die zum Vorteil aller Lebensräume reichen.

Wohnungsnot in den großen Städten und freier Wohnraum im Umland bieten sich geradezu für eine gemeinsame Lösung an. Es ist vor allem an Verkehrsprojekte von Gemeinden zu denken, etwa an den Ausbau von ÖPNV-Verbindungen oder im Bereich des Straßen- und Radwegebaus. Wir Freie Demokraten wollen derartige Kooperationsprozesse unterstützen und befördern und die Bürgerinnen und Bürger an diesen Lösungen beteiligen.

Bei aller Entwicklungsplanung, egal ob Verkehr, Wohnraum, Wirtschaft oder Sport und Kultur braucht es Angebote, die den Bürgerinnen und Bürgern einen Nutzen, einen Mehrwert bringen, ansonsten werden sie nicht angenommen.

Echter Umwelt- und Naturschutz entsteht durch alternative Konzepte und vielfältige Mobilitätsangebote. Alternativen zum Individualverkehr mit dem eigenen PKW werden erst nennenswert umsetzbar sein und Akzeptanz finden, wenn diese für die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Alltag bezahlbar und verlässlich nutzbar sind.

Wir wollen dazu in den größeren Städten zusätzliche Flächen für Car-Sharing- Angebote bereitstellen, bürokratische Hürden abbauen und mehr Ladestationen für elektrische Fahrzeuge an öffentlichen Parkplätzen ermöglichen.

Damit Lebensentwürfe in ländlichen Raum funktionieren, muss ein Einpendeln in die städtischen Zentren problemlos funktionieren. So brauchen viele Städte beispielsweise für eine bestmögliche verkehrstechnische Stadt-Umland-Beziehung Park+Ride Konzepte.

Im ländlichen Raum und zwischen den Zentren ist neben dem Ausbau und Erhalt von Straßen und Radwegen an den kontinuierlichen und sinnvollen Ausbau von Bus-, Bahn- und anderen Arten des öffentlichen Verkehrs zu denken.

Wir Freie Demokraten wollen uns daher auf kommunaler Ebene konsequent für einen sinnvollen, bürgernahen Ausbau und eine intelligente Entwicklung der Verkehrsnetze einsetzen, bei dem die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mitgenommen werden.

Dafür wollen wir Freie Demokraten:

- eine bessere Vernetzung des ÖPNV und des SPNV zwischen Stadt und Region sowie die Förderung von Verkehrsverbänden und die Ermöglichung gemeinsamen Betreibens.
- eine gesicherte Finanzierungsquote für Investitionen in den Straßen-, Brücken- und Radwegebau, um Lücken endlich zu schließen sowie für die Instandhaltung bestehender Verkehrswege, um die Beförderungen und Transporte in ländlichem Raum und Städten zu gewährleisten.
- die gemeinsame Entwicklung und Vermarktung von Wohn-, Misch- und Gewerbeflächen durch Stadt und Umland fördern und dafür die Realsteuerhebesätze harmonisieren.
- den Bedarf an ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum decken, indem nach der Entwicklung von innen nach außen, Umlandgemeinden bei der Flächenausweisung, beispielsweise von Mehrgeschossbauten aus Beschränkungen von Stadt-Umland-Konzepten ausgenommen werden.
- eine klare Unterscheidung von obligatorischen und fakultativen Planungsbestandteilen in der Stadt-Umland-Planung.
- die Fokussierung auf die Entwicklung gesamtheitlicher Wirtschaftsräume, wodurch ein ungesunder Standortwettbewerb innerhalb derselben Region unnötig wird.
- gesamtheitliche Energieerzeugungs- und Energieversorgungskonzepte, in denen der Wille der Gemeinden und Städte und deren Einwohner zu berücksichtigen ist sowie Beeinträchtigungen für die einmalige Kulturlandschaft und die Sichtachsen vermieden werden.

Weil wir unsere Heimat lieben, wollen wir Freie Demokraten sie besser machen. Wir sind uns der Herausforderungen bewusst und werden Schritt für Schritt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unsere Gemeinden, Städte und Landkreise zu noch lebens- und liebenswerteren Orten und Regionen entwickeln.

## **Weltbeste Bildung**

Bildung ebnet nicht nur jedem einzelnen Bürger den Weg in ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sondern schafft auch für die Kommune die Basis einer zukunftsorientierten Entwicklung. Fähigkeiten, Fertigkeiten und neue Ideen können sich umso dynamischer entwickeln, je höher das Bildungsniveau in der kommunalen Gemeinschaft ist.

Frühkindliche Erziehung und Betreuung, Hortbetreuung in den Schulferien, Einrichtung von Ganztagschulen, individuelle Betreuung in den Schulen, sind ebenso kommunale Themen, wie Finanzierung der Schulkosten, die Kosten für Meisterausbildung sowie die Kosten kultureller oder sportlicher Angebote.

Liberaler setzen sich dafür ein, dass Bildung als Bürgerrecht unabhängig vom sozialen Hintergrund jedem Menschen offensteht.

## **Kinderbetreuung**

- Einbeziehung von Tagespflegepersonen in das öffentliche Finanzierungssystem.
- Duale Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher.
- Weiterer nachfragegerechter Ausbau von Krippen sowie von Angeboten in der frühkindlichen Bildung, auch in privater Hand und in Arbeitsplatznähe der Eltern.
- Erleichterte Einrichtung von Betriebskindergärten.
- Angebote von Musizieren in Kinderbetreuungseinrichtungen und die Museumspädagogik.
- Einhaltung der Mindeststandards der Europäischen Union für den Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten.

## **Schulen**

- Modernste Schulausstattungen.
- Ansprechende Gebäude mit entsprechender Lernumgebung.
- Begonnene Sanierungen und Neubauten der Schulen sind konsequent fortzusetzen.
- Der FDP ist es wichtig, den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien als festes Bildungsziel an allen Schulen im Unterricht zu verankern. Dazu gehören auch Angebote zur Medienbildung für die Lehrkräfte.
- Feste Budgets für die Medienausstattung und regelmäßige Erneuerung der IT-Ausstattung der Schulen.
- Offenes WLAN an allen weiterführenden Schulen.
- Gigabit-Anbindungen für alle Schulen.
- Freies jährliches Schulbudget für eigene Anschaffungen.
- Einheitliche Verantwortung innerhalb der Verwaltung des Schulträgers.
- Einrichtung inklusiver Schulklassen: gemeinsames Lernen von nicht behinderten und behinderten Kindern.
- Erhalt der Förderschulen als Perspektive für diejenigen Schüler, die nicht inklusiv im Klassenverband einer Regelschule unterrichtet werden können.
- Erhaltung der Wahlfreiheit der Eltern zwischen Förder- und Regelschulen.
- Schaffung eines Schul-Integrationspreises für besonders gelungene Integration.
- Gleichbehandlung der freien Schulen mit öffentlichen Schulen.
- Transparente Berechnung der Schullastenausgleichsbeträge.
- Aufnahme der freien Schulen in die Schulentwicklungsplanung.
- Gleichbehandlung und Erhalt der bestehenden verschiedenen Schulformen.
- Weitere Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen den jeweiligen Schulformen. Kooperationen zwischen den Schulformen oder Schulzentren können hierzu ein geeignetes Instrument darstellen.
- Weiterer Ausbau offener Ganztagschulen dem Wunsch der Kinder und ihrer Eltern entsprechend.
- Intensivere und nachhaltigere Begleitung und Unterstützung der Arbeit der Schulen – vor allem der Grundschulen – durch sozialpädagogisches Personal.
- Schwimmunterricht muss für alle Grundschul Kinder fester Bestandteil des Lehrplans sein.

## **Jugend- und Vereinsarbeit**

- Wir setzen uns für eine Trägervielfalt in allen Bereichen der Kinder- und Jugendbildung ein.
- Stärkung der Vereinsstrukturen und deren Jugendarbeit.
- Steigerung der Mobilität der Jugendlichen durch Schülersemestertickets, mit dem alle Nahverkehrsstrukturen genutzt werden können.

- Verstärkte Kooperation der Bildungseinrichtungen mit den Trägern der lokalen und regionalen Kulturarbeit, Sportvereinen und sonstigen Trägern verbandlicher Arbeit sowie der Wirtschaft.

### **Berufsschulen**

- Schaffung attraktiverer Berufsschulstandorte und Verbesserung der berufsbegleitenden Fort- und Weiterbildung.
- Engere Verzahnung von Berufsschulen mit der Wirtschaft.
- Unterstützung der Kooperationsbildung zwischen allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen.
- Stärkung der dualen Ausbildung als zentrale Ausbildungsform. Sie ist die Basis für einen erfolgreichen Start in das Berufsleben.
- Anpassung der Ausbildungsprofile an den Stand der Technik.
- Integration der Digitalisierung in den Berufsschulunterricht von fachkundigem Personal sowohl als Lerngegenstand als auch als Lernmittel.

### **Volkshochschulen**

- Erhaltung der Volkshochschulen im größtmöglichen Umfang als wichtige Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen.

### **Fachhochschulen / Universitäten**

- Wir unterstützen Zuzugsprämien für Studierende und Auszubildende.
- Etablierung von Kooperationen zwischen Hochschulen und Kommunen.

## **Wirtschaft / Infrastruktur / Verkehr / Mobilität**

Die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit einer Gemeinde wird darin deutlich, inwieweit es ihr gelingt, Bürger, Politik und Unternehmen zu maßgeschneiderten Lösungen für deren Bedürfnisse zu animieren. Dies gilt auch für den Wettbewerb unter Kommunen. Dabei sind Liberale davon überzeugt, dass privatwirtschaftliches Engagement die kommunale Grundversorgung grundsätzlich effizienter gewährleisten kann.

Für Liberale ist eine durch Steuer- und Gebührenzahler (quer-)subventionierte kommunale Konkurrenz gegenüber den insbesondere klein- und mittelständischen Unternehmen am Markt nicht akzeptabel. Kommunale Preise müssen die Wahrheit sagen. Ausschreibungen sind für Liberale ein wesentliches Element des Wettbewerbs.

### **Wirtschaft**

- Wir lehnen eine Erhöhung der Gewerbesteuer konsequent ab.
- Regionale Betriebe sollen eine faire Chance im Wettbewerb um Aufträge bei öffentlichen Investitionen haben, deshalb sind Ausschreibungen entsprechend vorzunehmen. Zum Beispiel durch Aufteilung in kleinere Lose oder Regeln für Generalunternehmer zur Einbeziehung lokaler Unternehmen.
- Die Infrastruktur zukunftsorientiert zu erhalten und auszubauen.
- Wir wollen Gewerbeflächen bedarfsorientiert bereitstellen.
- Wir stehen für verstärkte Unterstützung von bestehenden und neuen Unternehmen bei Gründung und Wachstum.
- Die FDP unterstützt die Bereitstellung angemessener Investitionsmittel, Standorte, Trassen und Wegerechte für den zeitnahen Ausbau von flächendeckenden Breitbandinternetverbindungen und Mobilfunk.
- Kommunale, durch die öffentliche Hand erbrachte Leistungen sind regelmäßig dem Wettbewerb auszusetzen.

- Kommunal verantwortete Vermittlung von Langzeitarbeitslosen wollen wir noch enger auf die Notwendigkeiten der Unternehmen abstimmen.
- Wir wollen dafür sorgen, dass kein Ausbau von Energieanlagen gegen den kommunalen Willen und die Interessen der betroffenen Bürger und des Natur- und Landschaftsschutzes erfolgt.

### **Infrastruktur /Verkehr**

- Wir fordern integrative Verkehrskonzepte, in denen alle Verkehrsträger ihren Platz haben.
- Die FDP befürwortet die Überprüfung von Möglichkeiten, auf welche Weise die CO2-neutrale Mobilität in Hinsicht auf eine Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur vorangebracht werden kann.
- Die aktuelle Unterfinanzierung des Straßennetzes, wie sie seit Jahren zu beobachten ist, bedeutet zugleich einen Verzicht auf den Erhalt öffentlichen Vermögens. Das Land und die Kommunen müssen hier dringend tätig werden.
- Wir wollen eine Verbesserung der ÖPNV-Verbindungen zwischen Umland und Städten. Dies gilt nicht nur für den Pendler- und Einkaufsverkehr zu den normalen Geschäftszeiten, sondern auch für die Wochenend- und Nachtzeiten: alle in einer Region lebenden Menschen sollen an Kultur- und Gastronomieangeboten auch in den Innenstädten ohne Benutzung des Autos teilhaben können.
- Dazu muss der mit dem SPNV vernetzte ÖPNV neu durchdacht werden. Ausgangspunkt für die Linien müssen die Grundzentren mit Bahnanschluss sein (möglichst Umsteigebahnhöfe oder Endpunkte von Bahnstrecken). Ziel dieses neu durchdachten Konzeptes ist es, die Verbindung zwischen den ländlichen Räumen und den Mittel- und Oberzentren zu verbessern. Linienführungen, die nur Ober- und Mittelzentren besser miteinander verbinden und sogar Parallelverkehre zur Bahn schaffen (zum Teil an den Grundzentren vorbei) verfehlen den Zweck des ÖPNV. Das neu durchdachte Konzept muss auf der einen Seite der besseren Nutzung des mit Steuermitteln des Landes und des Bundes finanzierten SPNV dienen und auf der anderen Seite zu Einsparungen des durch die Landkreise finanzierten ÖPNV führen.
- Ziele eines regionalen Konzeptes für den Radverkehr sind aus Sicht der FDP der Erhalt der Qualität des vorhandenen Radwegenetzes und die Lückenschlüsse innerhalb des bestehenden Wegenetzes.
- Wir setzen uns für die Erstellung einer Prioritätenliste bei der Straßen-, Brücken- und Gebäudesanierung ein.

### **Mobilität**

Wir Freie Demokraten wollen die Freiheit eines jeden Bürgers erhalten, mit den Verkehrsmitteln seiner Wahl mobil zu sein. Eine Reduzierung des individuellen Autoverkehrs kann nach unserer Überzeugung nur durch einen attraktiven ÖPNV und praxistaugliche neue Mobilitätsangebote erreicht werden - und nicht durch Verbote und Beschränkungen.

- Der reguläre ÖPNV soll unabhängig von der Schülerbeförderung geplant und durchgeführt werden.
- Investitionen in Straßeninfrastruktur und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sollen ausgewogen sein und beide Interessen gleichrangig berücksichtigen.
- Beim Nahverkehrsangebot ist das Ziel der FDP, eine weitere Steigerung der Attraktivität zu erreichen. Das bedingt nach unserer Überzeugung größtmögliche Effizienz und wirtschaftliche Betriebsführung.
- Das bedeutet auch eine stetige Verbesserung der Serviceleistungen wie Sicherheit, Sauberkeit, Pünktlichkeit und Fahrgastinformationen.

## **Moderne Kommune / Digitalisierung**

Wir Freie Demokraten wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen.

Wir wollen smarte, intelligente, digitale Kreise, Städte und Gemeinden, um das tägliche Leben einfacher zu machen. Dazu gehören eine erstklassige digitale Infrastruktur mit Glasfaseranschlüssen bis zu jeder Haustür und leistungsstarke Mobilfunknetze auf dem aktuellen Stand der Technik.

Wir wollen die gut organisierte, digitale Verwaltung, damit Bürger ihre Behördengänge einfach, schnell und unkompliziert erledigen können.

Wir wollen, dass Kommunen transparent alle Informationen öffentlich zur Verfügung stellen.

- Wir setzen uns für zügige und transparente Verfahrensabläufe ein. Die Verwaltung muss bei gleichzeitigem Ausbau der digitalen Angebote auch für Beratungsleistungen, für Anregungen und Beschwerden, erreichbar und ansprechbar sein.
- Weiterer Ausbau der digitalen Dienstleistungen um schnell, effizient, wirksam und kostengünstig und damit bürgerfreundlich zu arbeiten.
- Grundlage ist ein zentrales Bürger- und Unternehmenskonto gemäß OZG, wo alle Bescheide, Rechnungen, Einzugsermächtigungen etc. hinterlegt sind.

## **Haushalt / Finanzen**

Aktuell ist der Handlungsspielraum vieler Kommunen auf die gesetzlichen Pflichtaufgaben beschränkt. Viele Gemeinden können ihr Angebot nur noch über Kassenkredite finanzieren. Die Finanzmittel der Gemeinden stammen größtenteils aus Mechanismen des Finanzausgleichs oder aus zweckgebundenen finanziellen Unterstützungen beziehungsweise Subventionen von Ländern, Bund und der EU.

Sie sind damit Bindungen und Verwendungsrichtlinien unterworfen. Eine weitere Reform des Finanzausgleichsgesetz bleibt zwingend notwendig, um aufgabengerechte Finanzstrukturen auf allen politischen Ebenen zu schaffen. Kommunale Demokratie darf nicht länger zum Bittsteller degradiert werden.

### **Steuern und Abgaben**

- Die Finanzierung der Kommunen darf ausschließlich über Steuern, Abgaben und Zuweisungen sichergestellt werden.
- Phantasieabgaben und Bagatellsteuern oder die kommunale wirtschaftliche Betätigung verwässern nur die finanziellen Bedürfnisse der Kommune auf Kosten eines kleinen Teils der Gesellschaft.
- Die FDP lehnt die Erhöhungen von Steuern, Abgaben und Gebühren als Mittel der Haushaltskonsolidierung grundsätzlich ab.
- Die FDP wendet sich gegen die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen.

### **Haushalt**

- Die Ausgaben der Kommunen müssen sich nach den Einnahmen richten. Dafür fordern wir eine stringente Aufgaben- und Ausgabenkritik.
- Bei Investitionen und Großprojekten ist die realistische Leistungsfähigkeit der Kommune und die Folgekosten die Grundlage der Entscheidung bilden.
- Die FDP fordert für verschuldete Gemeinden einen verbindlichen Schuldenabbauplan mit Zielen und Fristen.
- Es muss eine Schuldenbremse für kommunale Haushalte geben.
- Wir fordern die strikte Anwendung des Konnexitätsprinzips.

## **Bau / Stadt- und Gemeinde-Entwicklung**

Die regionale Entwicklung ist eine zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik. Wirtschaftliche und kulturelle Attraktivität steigert die Lebensqualität in jeder Gemeinde. Wir Freie Demokraten sehen daher große Chancen für unsere Dörfer, Städte und Kreise, wenn wir eine optimistische, zukunftsorientierte Regionalentwicklung betreiben. Dabei muss jede Planung neue Lebens-, Arbeits- und Mobilitätswelten berücksichtigen. Wir wollen investieren und nicht zurückbauen. Wir wollen die Fläche wieder mit Leben füllen. Die regionalen Planungsverbände tragen hier eine besondere Verantwortung.

- Wir wollen eine effiziente Bauverwaltung, die schnelle Entscheidungen rechtssicher trifft und bauherrenfreundlich agiert.
- Kleine und mittlere Städte zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kristallisationskernen ausbauen.
- Keine neuen Baugebiete zu Lasten der vorhandenen Siedlungszentren und damit keine weitere Versiegelung von Naturräumen oder gar Aufhebung von Landschaftsschutzgebieten.
- Nachverdichtung zu Lasten bestehender Plätze und Freiflächen muss durchdacht und mit Augenmaß erfolgen.
- Die FDP befürwortet ein Wohnraumförderprogramm für bauliche Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit im Wohnbestand.
- In der Stadtplanung sind daher die Bereiche infrastruktureller und städtebaulicher Maßnahmen vernetzt zu betrachten, um Doppel- und Fehlplanungen zu verhindern.
- Es ist verstärkt auf eine sozialverträgliche Quartiersdurchmischung zu achten.
- Nutzung innerstädtischer Baulücken durch vorrangige Aufstellung eines Katasters, das die vorhandenen bebaubaren Baulücken ausweist.

## **Sicherheit**

### **Freiheit braucht Sicherheit**

Für uns Freie Demokraten bedeutet ein selbstbestimmtes Leben persönliche Freiheit. Sicherheit muss diese Freiheit garantieren und darf sie nicht unnötig einschränken.

Individuelle Freiheit und Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger wird zuerst vor Ort spürbar. Damit sich die Bürgerinnen und Bürger in ihren Orten sicher und wohl fühlen können, ist eine sichtbare Polizeipräsenz verknüpft mit kommunalen Präventionsprojekten unabdingbar.

Wir Freie Demokraten unterstützen die Polizei und andere öffentliche Institutionen und Einrichtungen, die zur Erhöhung des Sicherheitsempfindens in der Bevölkerung beitragen, aktiv vor Ort.

Wir sehen uns als Partner der Polizei und setzen uns dafür ein, dass die polizeiliche Präsenz durch zahlenmäßige Verstärkung der Polizei, den Erhalt der kleinen Polizeistationen im ländlichen Raum und dem Ausbau der Stadtteilpolizei sichtbar gestärkt wird. Wir tragen Sorge dafür, dass die Polizei besser ausgestattet und von fachfremden Aufgaben entlastet wird.

Die persönliche Schutzausrüstung eines Polizeibeamten muss ebenso aktuellen Standards entsprechen wie die übrige Ausrüstung. Moderne Mobiltelefone, Tablet-Computer und Urkundenprüfgeräte sollten selbstverständlich an Bord eines jeden Streifenwagens sein.

Örtliche Präventionsprojekte werden wir aktiv unterstützen. Die Zusammenarbeit mit Justiz, Jugend- und Sozialbehörden ist weiter auszubauen. Die Justizstrukturreform mit der daraus resultierenden Schließung diverser Amtsgerichte und dem Rückzug der Justiz aus der Fläche sehen wir kritisch.

## **Gewährleistung von Brand- und Katastrophenschutz**

Von hoher Wichtigkeit für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sind gut ausgestattete Feuerwehren und Rettungsdienste vor Ort. Wir Freie Demokraten stehen fest an der Seite der verschiedenen Organisationen wie den Feuerwehren, der DLRG, dem Technischen Hilfswerk, dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) und den Johannitern und werden uns für deren qualitativ hochwertige Ausstattung und Ausbildung einsetzen. Dafür werden wir die erforderlichen Mittel und Maßnahmen sicherstellen und die Ehrenamtler bei ihrer verantwortungsvollen und unverzichtbaren Tätigkeit unterstützen.

## **Soziales**

Selbstbestimmt in allen Lebenslagen. Für uns Freie Demokraten bedeutet ein selbstbestimmtes Leben persönliche Freiheit. Die Pflegepolitik der Freien Demokraten orientiert sich an den individuellen Bedürfnissen der Menschen. Die professionelle ambulante Pflege werden wir stärken und für ein Herunterfahren der Dokumentationen sorgen.

Im Mittelpunkt der gesundheitlichen Versorgung steht für uns Freie Demokraten immer der Patient. Leitlinie unserer Gesundheits- und Pflegepolitik ist der informierte Bürger, die freie Arzt- und Krankenhauswahl, eine flächendeckende Versorgung mit hochwertigen gesundheitlichen und pflegerischen Dienstleistungen sowie die Prävention.

- Wir fordern bei allen zu schließenden Leistungsvereinbarungen mehr Transparenz und eine stärkere Überprüfung der Erfüllung, insbesondere im sozialen Bereich. Im gleichen Atemzug fordern wir eine faire Verhandlungskultur mit den Trägern.
- Für die Aufgabenerfüllung im sozialen Bereich sollte zuerst immer auf freie und wohlfahrtliche Träger zurückgegriffen werden.
- Die neutrale Unterstützung und Beratung pflegender Angehöriger ist uns ein besonderes Anliegen. Den weiteren Ausbau von Pflegestützpunkten lehnen wir ab.
- Wir sehen die kommunale Pflegeplanung als ein Instrument, das misst und unterstützt aber nicht steuert. Die bessere Unterstützung von Angehörigen pflegebedürftiger Menschen sollte dabei im Fokus stehen.
- Es ist zu prüfen, ob kommunale Wohnungen in verschiedenen Stadtteilen für Senioren, Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen ausgestattet werden können.
- Ziel soll es sein, Menschen dabei zu unterstützen, so lange wie irgend möglich in ihrer vertrauten Umgebung Unterstützung anzubieten. Insbesondere die kommunalen Wohnungsgesellschaften sollten hier in Verantwortung für die baulichen Voraussetzungen genommen werden.
- Die Berücksichtigung des demographischen Wandels bei Nutzung vorhandener Gebäude und zukünftiger Sachinvestitionen.
- Ehrenamtliche, die Senioren Hilfe leisten, sollen unterstützt werden. Zum Beispiel mit Projekten, wie „Wohnen für Hilfe“ oder „Senioren/Studenten WGs“.
- Für die Einführung eines regelmäßig tagenden Jugendkreistags bzw. Jugendparlaments.

## **Sport**

Der Sport spielt eine bedeutende Rolle in unserer Gesellschaft. Sport ist mehr als nur der Trainingsbetrieb. Aufgaben wie Integration, Bildung, Qualifizierung, Gewalt- und Suchtprävention sind nur einige Beispiele für das, was der Sport in den Kommunen und für die Gesellschaft leistet.

Besondere Bedeutung kommt hier dem Ehrenamt zu. Das ehrenamtliche Engagement und die damit verbundene Jugendarbeit ist gelebter Liberalismus: Statt sich auf den Staat zu verlassen, nehmen Ehrenamtliche die Gestaltung der Gesellschaft selbst in die Hand und arbeiten für das, was ihnen persönlich wichtig ist.

- Entwicklung langfristiger Sportentwicklungskonzepte mit allen Beteiligten.
- Die Vielfalt und Attraktivität des Angebots müssen erhalten bleiben und eine verlässliche Förderung muss etabliert werden.
- Sanierung und Modernisierung von öffentlichen Sportstätten
- Ehrenamtliche Arbeit muss attraktiver gemacht werden.
- Durch den Ausbau der Ganztagschulbetreuung müssen Kooperationen ausgelotet und flexible Lösungen gefunden werden.
- Die gezielte Förderung von Sport- und Kulturangeboten als Grundlage der regionalen Identitäts- und Gesellschaftsbildung.

## **Kunst! Kultur!**

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine freie und vielfältige Kulturlandschaft in den Kommunen ein. Eine attraktive Kulturlandschaft mit Theatern, Museen, Galerien, Gutshäusern und -höfen, Gedenkstätten und Festivals benötigt neben finanzieller Unterstützung vor allem Freiräume. Die wichtige Arbeit der lokalen Bibliotheken werden wir auch mit Blick auf die Digitalisierung unterstützen.

Kultur ist der „Kitt“, der für den Zusammenhalt in der Gesellschaft sorgt. Die Kultur, die eine Gemeinde, eine Stadt, eine Region, ein Land prägt, ist das, was zu einem Zusammengehörigkeitsgefühl, das heißt zu einem Heimatgefühl führt und kann damit zu einem entscheidenden Argument werden, weshalb sich Menschen mit ihrer Heimat identifizieren, in ihre Heimat zurückkehren wollen, sich für ihre Gemeinde, ihre Stadt, ihre Region, ihr Land engagieren. Deshalb ist für Liberale Kultur eine zwingende Aufgabe für alle kommunalen Vertretungen.

Wir Liberale unterstützen aus diesem Grund die Arbeit der Kulturräte in allen Landkreisen und kreisfreien Städten und engagieren uns in diesen Gremien für folgende Ziele:

- Die Ansiedlung der Kultur- und Kreativwirtschaft einschließlich privater Galerien, Museen, Theatern, von Verlagen usw. in unseren Städten und Gemeinden. Wichtigste Voraussetzung dafür ist der schnellstmögliche Ausbau der Breitbandversorgung im gesamten Land. Unsere Kulturlandschaft mit ihren Alleen, Gutsanlagen, Dorfkirchen und Hansestädten sind ein wichtiges Argument für die Ansiedlung dieses Wirtschaftszweiges.
- Die Tage der offenen Kunst, Tage des offenen Denkmals, der Literaturtage, der Filmfeste, der Festspiele MV oder ähnlicher Kulturereignisse, von Festivals. Damit schaffen wir in einem Tourismusland wie Mecklenburg-Vorpommern nicht nur Angebote für unsere Gäste. Sie sind auch ein Mittel für die Identifikation mit unserer Heimat.
- Den Erhalt und die Dynamisierung unserer Theaterlandschaft. Dynamisierung, das heißt vor allem, dass wir auch die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung für unsere Theater nutzen, um die Aufführungen z.B. in unseren Schulen oder in abgelegenen Dorfzentren übertragen zu können.
- Die Unterstützung der Digitalisierung des Fundus unserer Museen, Archive, Gedenkstätten, Bibliotheken und der Depots unserer archäologischen Schätze mit dem Ziel, diese in Schulen, in unseren Kommunen nutzen zu können.
- Das Engagement für die unsere Landschaft prägenden, unter Denkmalschutz stehenden Guts- und Herrenhäuser, Kirchen, Industriedenkmäler, Mühlen und weiteres.
- Ideenwettbewerbe für Kunstobjekte im öffentlichen Raum und am Bau.
- Die Schaffung von zeitlich befristeten Atelierräumen z.B. durch die so genannte Wächternutzung in unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden, die noch keiner langfristigen Nutzung zugeführt werden konnten.

- Familienfreundliche Tarife in Musik- und Kunstschulen mit Angeboten auch in den abgelegenen ländlichen Räumen.
- Die Förderung des Vereinslebens einschließlich der Freiwilligen Feuerwehren, der Ortschronisten und der Würdigung des vielfältigen ehrenamtlichen Engagements für ein reiches Kulturleben in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen.
- Die Pflege von landestypischen Bräuchen, der niederdeutschen Sprache und des Angedenkens an wichtige Persönlichkeiten unserer Städte und Gemeinden, die Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft (einschließlich der Landwirtschaft) über unsere Grenzen bereichert haben.

## **Landwirtschaft und Umweltschutz**

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen realisierbaren und vernünftigen Umweltschutz ein. Der beste Umweltschutz wird nicht mit Bevormundung, sondern durch Überzeugung und Fortschrittsoptimismus erzielt. Wichtige Elemente sind und bleiben eine innovative Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft, die auf Müllvermeidung und Recycling setzt, der Vertragsnaturschutz, die Allianz Gewässerschutz und gemeinsam entwickelte und getragene Strategien zur Stärkung des Natur- und Artenschutzes.

Mecklenburg-Vorpommern ist durch eine erfolgreiche unternehmerische Landwirtschaft geprägt, die trotz eines kontinuierlichen Strukturwandels maßgeblich zur Wirtschaftskraft beiträgt, eine Vielzahl an Arbeitsplätzen sichert und einen unentbehrlichen Teil des funktionierenden Gemeinwesens im ländlichen Raum darstellt.

Ökologisch und ökonomisch nachhaltig betrieben, sorgt eine regional verwurzelte Landwirtschaft für einen gerechten Ausgleich zwischen Nutzung und Bewahrung von Natur und Landschaft.

- Eine nachhaltige Innenflächenentwicklung in den Städten und Gemeinden zum Schutz der Naturräume im Außenbereich und der Reduzierung zusätzlichen Flächenverbrauchs.
  - Wirkungsvolle Naturschutzmaßnahmen, die ihre allgemeine Akzeptanz aus der gemeinsamen Planung und Entwicklung durch Mitbürger, Grundeigentümer, Interessenvertreter und beteiligten Institutionen beziehen.
  - Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt in naturbelassenen Gebieten und unserer Kulturlandschaft.
  - Einen effektiven Hochwasserschutz, der im Einklang steht mit den Interessen der Flächeneigentümer und den Belangen des Naturschutzes.
  - Die wichtigen Bereiche Energieeinsparung, Flächenentsiegelung, Wasserversorgung, Abwasserbehandlung und Entsorgung von Abfällen werden auch in den nächsten Jahren wesentliche Themen der Kommunen bleiben.
  - Eine gezielte Lärmentlastung bestehender und geplanter Wohngebiete vom Individual- und Durchgangsverkehr. Dies trägt erheblich zur Steigerung der Lebensqualität bei.
  - Innerörtliche Grünanlagen sind naturnah und pflegearm zu gestalten, private Anbieter sind im Rahmen des Wettbewerbs zu berücksichtigen.
  - Das Umweltbewusstsein ist zu fördern durch: Vergabe eines Umweltpreises, Durchführung von Wettbewerben, Übernahme von Patenschaften durch die Kommune oder privatrechtliche Gruppierungen.
  - Eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft, die offen für moderne Entwicklungen und aufgeschlossen gegenüber neuen Marktpotentialen ist.
  - Verlässliche Rahmenbedingungen, faire Wettbewerbschancen, die Weiterentwicklungen insbesondere in der Veredelung ermöglichen.
  - Die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Landwirtschaftsbetriebe, die insbesondere durch steigende Umwelt- und Tierschutzauflagen erforderlich sind.
  - Einen Naturschutz in enger Zusammenarbeit mit den Land- und Forstwirten, die die größten Flächennutzer in unserer Kulturlandschaft sind.
-

## **Zusammenschluss der FDP Kreisverbände Wismar und Nordwestmecklenburg**

Der Landesparteitag stimmt dem Zusammenschluss der FDP Kreisverbände Wismar und Nordwestmecklenburg zu.

---

### **Den Marineschiffbau in M-V sichern!**

Der Schiffbau ist als Traditionshandwerk in Mecklenburg-Vorpommern tief verwurzelt. Auch heute ist unser Bundesland die Heimat von 6 großen Werften mit über 2500 Arbeitern. 140 Zuliefererfirmen mit über 5000 Angestellten leben in M-V vom Schiffbau. Die Zulieferindustrie der Werften in M-V produziert und arbeitet deutsch-land- und weltweit.

Projekte in der Rüstung und beim Bau von Kreuzfahrtschiffen haben unserer Werftbranche nach einer langen Durststrecke wieder neuen Aufwind beschert. Das wankelmütige Verhalten der Bundesregierung beim Export von in Wolgast gefertigten Patrouillenbooten hat die Peene-Werft dazu veranlasst, von weiteren Exporten an Saudi-Arabien vorläufig abzusehen. Dieser Vorgang verdeutlicht die große Abhängigkeit unserer Werftbranche von verlässlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Das unberechenbare Hin- und Herpendeln der SPD-geführten Landesregierung zwischen der politischen Linie der Bundespartei und den Interessen unseres Bundeslandes muss endlich enden. Eine Werft kann nicht kurzfristig ihre Projektierung umstellen wie eine Bäckerei, die heute Brötchen und morgen Kuchen backen kann. Die meist ausländischen Kunden unserer Werften bauen auf unsere Zuverlässigkeit. Wenn diese aufgrund politischer Verwicklungen nicht länger garantiert werden kann, suchen sie sich trotz unseres begehrten Know-hows im Schiffbau andere Geschäftspartner.

**Wir Freien Demokraten fordern daher die Landesregierung auf, endlich Flagge zu zeigen und sich auch gegenüber der Bundesregierung rückhaltlos hinter die Werftindustrie in Mecklenburg-Vorpommern zu stellen!**

Entgegen ihrer erklärten Leitlinie, eine europäische Rüstungsexportpolitik zu praktizieren, fährt die Bundesregierung zunehmend europäische Alleingänge in Fragen des Rüstungsexportes. Die Unternehmen haben ein Recht auf Ehrlichkeit, Verlässlichkeit und Transparenz in den Genehmigungsverfahren! Auf unternehmerischer Ebene sind europäische Firmen seit Jahren eng miteinander verbunden. Die Politik muss hier nachziehen und Deutschland muss sich mit seinen Außenhandelspartnern bilateral und europäisch verlässlich abstimmen.

**Wir Freien Demokraten fordern die Bundesregierung daher auf, eindeutige und verbindliche Vorgaben zu machen, die insbesondere den im Rüstungsexport**

## **tätigen Werften in M-V langfristige Gewissheit und Sicherheit bei ihren Geschäften geben.**

Viele Nationen haben die strategische Bedeutung der Rüstungsgüter als Schlüsseltechnologie und wichtigen Industriezweig erkannt und nutzen die Rahmenbedingungen, um Einfluss auf die heimischen Unternehmen und Aufträge zu nehmen. In den meisten Ländern Europas sind diese Industriezweige in Staatshand. Die daraus resultierenden Wettbewerbsverzerrungen in Europa stellen für die deutschen mittelständischen Unternehmen Hürden dar. Eine europäische Harmonisierung würde hingegen zu größerer Transparenz der einzelnen Auftragsvergaben führen und einen gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkt fördern. Eine gemeinsame Exportpolitik ermöglicht es Know-how in Schlüsseltechnologien zu erhalten und weiter zu entwickeln. Damit können deutsche Unternehmen unabhängiger von nationalen Vergaben werden, weiter an deutschen Standorten produzieren und nach europäischen Vorgaben und Restriktionen exportieren.

**Wir Freien Demokraten fordern die Bundesregierung auf entschlossen für den Abbau der noch bestehenden Defizite im europäischen Binnenmarkt einzusetzen sowie endlich eine sachliche, transparente und gemeinsame europäische Rüstungsexportpolitik umzusetzen.**

---

### **Für eine bessere politische Nachwuchsförderung im Landesverband**

Der Landesvorstand wird beauftragt, Maßnahmen für eine bessere politische Nachwuchsförderung bis zum nächsten Landesparteitag zu prüfen, vorzustellen und umzusetzen. Dabei sollte der Landesvorstand anstreben, dass die Mitglieder des Landesvorstands wenigstens mittelfristig keine Doppelfunktion als Kreisvorsitzende wahrnehmen.

Weitere Maßnahmen können niedrigschwellig auch auf temporäre Zuarbeit angelegte Arbeitsgruppen auf Landesebene ebenso sein, wie Veränderungen im Zuschnitt der Landesfachausschüsse.

---

### **Aufbruch Ost – Innovationsregion Ostdeutschland anstoßen!**

Der Osten Deutschlands und mit ihm auch Mecklenburg-Vorpommern, kommt im Aufholprozess zum Westen der Republik nicht weiter. In vielen Bereichen fallen wir sogar wieder zurück. Wer sich jedoch stets nur darauf konzentriert, die wirtschaftliche Entwicklung Anderer aufzuholen, der kann auch nur nachholen, was andere schon vollzogen haben.

Wir wollen für Mecklenburg-Vorpommern und ganz Ostdeutschland endlich eigene Maßstäbe setzen und Freiräume für eigene Innovationen schaffen. Nur zu übernehmen, was in den westdeutschen Bundesländern bereits etabliert ist, wird uns kaum an die Spitze führen. Wer stets nur hinterherläuft, der findet weder Zeit noch Mut, um notwendige Experimente zu wagen.

**Wir Freie Demokraten fordern den nötigen Mut ein, einen eigenen ostdeutschen Weg durch den digitalen Strukturwandel zu wagen. Wir fordern ein Überholen ohne Einholen! Wir fordern einen Aufbruch Ost!**

Wir „Ossis“ haben uns darauf verlegt, die „Wessis“ in vielen Aspekten nachzuahmen, in dem Glauben, Entwicklungen des Westens wiederholen zu können. Dadurch vergeben wir die Chancen, die in unseren ostdeutschen Eigenheiten schlummern. Wir „Ossis“ sind nicht die schlechteren Deutschen und doch stellen wir unsere Stärken lieber bescheiden unter den Scheffel, anstatt diese für den Entwurf eines eigenen ostdeutschen Weges heranzuziehen.

Wir Ostdeutschen haben ein ausgeprägtes Improvisationstalent und sind in der Lage mit wenigen Mitteln große Wirkungen zu erzielen. Dieses Talent ist in der jetzigen Zeit und Situation goldrichtig. Dazu müssen Mittel aber auch bei uns ankommen. Eine Landesregierung, die Fördergelder für den Breitbandausbau ungenutzt herumliegen lässt, Mittel des Bundes zweckentfremdet und den Kommunen die ihnen zustehenden Gelder vorenthält, intensiviert nicht nur den Investitionsstau, sie verhindert Chancen. Sie frustriert die kommunalen Mandatsträger, die einen Kopf voller Ideen mitbringen, aber nur gähnend leere Gemeindekassen vorfinden. Die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleiches, der Digitalpakt und die sukzessive anwachsenden Mittel des Bundes sind eine Möglichkeit Innovation ins Land zu bringen. Die Landesregierung darf diese nicht ungenutzt lassen, sonst macht sie sich am Stillstand mitschuldig.

**Wir Freien Demokraten stehen für die Umkehr des Kommunalen Finanzausgleichs. Wir fordern, dass die Entscheidungsgewalt über die Verwendung von Steuergeldern zuerst bei Gemeinden und erst danach bei den Ländern liegt. Steuergelder müssen zuerst dort ankommen, wo sie am zielgenausten eingesetzt werden: bei den kommunalen Mandatsträgern. Wer erst den Gemeinden das Geld nimmt, um dann über Förderprogramme und vermeidlich gut gemeinte Bescheide für einzelne Projekte einen Bruchteil zurückzugeben, der hat kommunale Selbstverwaltung falsch verstanden.**

Die Grundlage jeder kommunalen Selbstverwaltung, wie sie in Art. 28 Abs. 2 GG festgeschrieben ist, kann nur die Steuerhoheit der Gemeinden sein. Solange aber die Gemeinden ihre Mittel nur als „milde Gaben“ des Landes empfangen, werden sie auch weiter an der kurzen Leine der Landespolitik liegen, für die die Sorgen und Nöte der Menschen im Zweifel weit weg sind. Länder und Gemeinden haben aktuell nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten auf Einnahmen und Ausgaben Einfluss zu nehmen. Dies wollen wir ändern. Es braucht weitere Entzerrungen in den Bund-Länder-Gemeinden-Beziehungen, insbesondere in finanziellen Fragen. Wer etwas bestellt, der muss es auch bezahlen. Verwaltungs- und Finanzierungszuständigkeiten müssen jederzeit transparent und der demokratischen Kontrolle zugänglich sein.

Die Konfrontation mit schwierigen Problemen, weckt die Kreativität im Ostdeutschen. Wir haben eine Anpackmentalität, die allzu oft durch überbordende Verwaltungsapparate und ein ausgreifendes Regulierungsdickicht gehemmt wird. Die kleinteiligen und dünn besiedelten Regionen, insbesondere der ländlichen Räume Ostdeutschlands, können zur Petrischale neuer Ideen werden, wenn sie die nötige Freiheit erhalten, weitreichende politische Richtungsentscheidungen selbst zu treffen.

Dies gilt ebenso für Schulen, deren Autonomie ernst genommen und damit deutlich ausgeweitet gehört. Für lähmende ideologische Grabenkämpfe, um die richtige Bildungspolitik haben wir nach der Erfahrung von 40 Jahren sozialistischem Stillstand schlichtweg kein Verständnis. Der Wettbewerb um die beste Schularart - und form ist ein Garant für Qualität. Die Schulen müssen aus dem bürokratischen Griff der Schulverwaltungen entlassen werden und benötigen den Freiraum innerhalb bundesweit definierter Leitplanken selbst ihre pädagogischen Schwerpunkte setzen zu können.

**Wir Freie Demokraten stehen für den Bruch mit großräumigen, trägen politischen Strukturen, für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Regeln dürfen nicht länger als von "oben" verordnet betrachtet werden, sondern müssen wieder als das wahrgenommen werden können, was sie in einer Demokratie wirklich sind: vernünftig und selbst gegeben.**

Kleine und möglichst selbstständige Strukturen auf kommunaler Ebene ermöglichen es, neue Wirtschafts-, Verwaltungs- und Steuerkonzepte zu erproben. Hierzu müssen den Gemeinden größtmögliche Freiheiten bei der Ausgestaltung ihrer Steuer- und Wirtschaftspolitik eingeräumt werden.

Wir brauchen ein Maximum an Freiheit, um die Chancen und Potenziale der Menschen in den ostdeutschen Ländern weiter zu vergrößern. Die damit einhergehende Stärkung des kommunalen Mandats ist gleichbedeutend mit einer Stärkung der Demokratie und kann damit nur begrüßt werden.

Wir sind weiterhin sehr experimentierfreudig und neuen Ideen und Technologien gegenüber aufgeschlossen und bringen für die Erprobung von neuen Konzepten in Modellregionen, wie z. B. dem Autonomen Fahren, dem 5G-Datennetz oder der kontrollierten Cannabis-Abgabe, genau die richtigen Strukturen mit. Durch Öffnungsklauseln und die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen, mit mehr Freiheit und weniger Bürokratie, lässt sich unsere Kreativität entfesseln.

**Wir Freie Demokraten stehen für die Experimentierfreude und den Wettbewerb um den besten Weg. Wir sind überzeugt, dass das Instrument der Modellregionen große Chancen insbesondere für mehr Innovationskraft bereithält und fordern dessen landläufigen Einsatz insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern.**

Länder wie Estland machen vor, wie man als ein kleines bevölkerungs- und rohstoffarmes Land die eigenen Schwächen zu Stärken macht. Ostdeutschland kann dies auch. Mit dem Mut zu mehr Freiheit, mehr kommunaler Selbstverwaltung und Selbstständigkeit, zu weniger Regeln und Bürokratie, lässt sich der Osten in den Digitalisierungsmotor Europas verwandeln.

Deutschland benötigt eine gemeinsame E-Government-Strategie, die an die regionalen Erfordernisse individuell angepasst werden kann. Auf diese Weise lassen sich Ressourcen bündeln und die Kosten zur Implementierung von E-Government-Lösungen deutlich verringern. Gleichzeitig können maßgeschneiderte Antworten auf die Anforderungen vor Ort formuliert werden. Gerade für die ländlichen Räume liegen im E-Government große Chancen, der mittelständischen Wirtschaft Auftrieb zu geben und die Lebensqualität vor Ort zu steigern. Lassen wir diese Chancen nicht ungenutzt verstreichen!

Wir Ostdeutschen haben bereits die Erfahrung eines alles umwälzenden Strukturwandels erfolgreich durchlebt. Wir sind anpassungsfähig und daher charakterlich bereits für die Veränderungen des digitalen Strukturwandels gewappnet. Jetzt gilt es, auch unsere Bundesländer mit umfassenden Investitionen in Bildung und die digitale Infrastruktur fit für diesen Wandel zu machen.

## **Wir Freien Demokraten stehen für einen konkreten Fahrplan, wie Ostdeutschland zur Innovationsregion Europas transformiert werden kann.**

Wir Freie Demokraten lehnen das süße Gift der jahrzehntelangen Subventionen ab. Wir fordern für Ostdeutschland einzig das ein, was uns die Wende versprochen hat: mehr Freiheit! Wir wollen die direkten Subventionen spürbar sinken lassen - mindestens um die Hälfte. Das wäre ein echter Befreiungsschlag für den Bundeshaushalt, aber auch für viele Unternehmen, die derzeit mit subventionierten Betrieben konkurrieren müssen.

Ostdeutschland, als die zukünftige Innovationsregion Europas, ist keinesfalls nur eine schöne Phantasie, es ist unsere große Chance zu Überholen ohne Einzuholen! Wenn es uns gelingt zu zeigen, dass man mit einem Maximum an Freiheit durch weniger Bürokratie, durch Offenheit für neue Technologien und einfache Steuermodelle Erfolg selbst vorantreiben kann - Wenn das Fehlen von Arbeitskräften dazu führt, dass wir mit mehr Technik, das Gleiche oder noch mehr schaffen - Spätestens dann werden wir auch für viele strukturschwache Regionen in ganz Deutschland zum Vorbild. Dadurch sichern wir den Erfolg für ganz Deutschland und sorgen dafür, dass ganz Deutschland fit für die Zukunft wird.

---

## **Sicherheit auf Landstraßen erhöhen**

Die FDP M-V spricht sich dafür aus, dass für sämtliche Kraftfahrzeuge eine Pflicht dazu besteht, mit eingeschaltetem Licht zu fahren. Dies gilt auch für Fahrradfahrer.

---

## **Grundsteuer aufkommensneutral, gerecht und kommunal steuerbar – die Bodensteuer**

Die aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes erforderliche Neuregelung der Grundsteuer ist eine einmalige Chance, das System grundlegend zu ändern.

Wir Freie Demokraten wollen mit dem Modell einer Bodensteuer einen Neustart für die Grundsteuer als Besitzsteuer erreichen.

Wir Freie Demokraten wollen das Besteuerungsverfahren vereinfachen. Die Berechnung der Steuer nach unserem Modell ist transparent, logisch nachvollziehbar sowie unkompliziert und ist damit weniger streitanfällig.

Wir Freie Demokraten wollen mit dem Bodensteuermodell Investitionsbereitschaft fördern und Entwicklungspotenziale in allen Gebieten und Regionen freisetzen.

Eine Grundsteuerreform soll folgende Eckpunkte beinhalten:

1. Aufkommensneutralität auf dem Niveau zum Zeitpunkt der Vorlage der verfassungswidrigen alten Regelung beim Bundesverfassungsgericht.

2. Die Grundsteuer bleibt eine kommunale Steuer mit Hebesatzrecht der Kommunen.
3. Die Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer richtet sich ausschließlich nach der Größe der Grundstücke und den Bodenrichtwerten.
4. Die Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Flächen bleibt erhalten.

Eine weitere Differenzierung, etwa nach Art der Nutzung, den Ertragsaussichten oder besonderer Ausstattung findet auf Ebene der Bemessungsgrundlage nicht statt. Die Bemessungsgrundlage berechnet sich wie folgt:

*Bemessungsgrundlage = Bodenrichtwert X Grundstücksgröße.*

*Die sich daraus ergebende Bemessungsgrundlage ist mit einer noch festzulegenden Steuermesszahl zu multiplizieren, um den Grundsteuermessbetrag zu ermitteln.*

---

## **Präventiver Hochwasser- und Küstenschutz in und an der Ostsee**

Wir Freie Demokraten fordern die Landesregierung auf, sofort ein umfassendes und abgestimmtes Hochwasser- und Küstenschutzkonzept zu erarbeiten und umzusetzen.

Die Landesregierung hat die volle Verantwortung für vermeidbare Hochwasserschäden in den Ostseeküstenstädten zu übernehmen und sicherzustellen, dass alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Schäden zu minimieren.

Wir Freie Demokraten fordern die Umsetzung einer digitalen Modellierung der wasserströmungsbedingten Erosion in der Ostsee zum Zwecke eines präventiven Küstenschutzes. Diese ist bei Eingriffen wie beispielsweise Fahrrinnenvertiefungen, Errichtung von Kaianlagen, fortzuschreiben.

---

## **Eine Offensive für bezahlbaren Wohnraum in Mecklenburg-Vorpommern**

**Elf Punkte, um den Mangel auf dem Wohnungsmarkt zu beheben, statt ihn weiter zu verwalten.**

Die Politik der vergangenen Jahre hat die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt viel zulange verkannt. Immer mehr Regularien wie beispielsweise die Dämmvorschriften und bürokratische Genehmigungsverfahren haben das Bauen langsam und teuer gemacht. Hinzu

kommt der Mangel an ausgewiesenem Bauland, gestiegene Erwerbsnebenkosten und Steuerlasten, die gleich zu Anfang der Finanzierung fällig werden und weitere Hürden für den Bau von neuem Wohnraum darstellen. Symbolpolitik wie die Mietpreislöscher oder das Baukindergeld wirken zudem als Investitionsbremsen oder setzen falsche Anreize. Zusammen verschreckt die Situation viele potentielle Investoren und Immobilienkäufer. So wird der Bau neuer Wohnungen verhindert.

Immer mehr Menschen zieht es in die Universitätsstädte und Urlaubsgebiete unseres Landes. Durch die falschen Rahmenbedingungen kann der Markt schlecht auf die gestiegene Nachfrage an Wohnraum reagieren. Der Wohnraum wird daher immer knapper und die vorhandenen Immobilien immer teurer. Auf der anderen Seite hat unser Bundesland immer noch Leerstand, der die Attraktivität der umliegenden Gebiete beeinträchtigt.

Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass Wohnen nicht zum Luxusgut wird. Der Staat hat die Aufgabe, dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen. Deshalb wollen wir Freie Demokraten ganz konkrete Schritte in der Wohnungsbaupolitik umsetzen, die auf der einen Seite das Bauen wieder schneller, effektiver und billiger machen – und damit die Mieten wieder bezahlbar – und auf der anderen Seite den Kommunen die Möglichkeit gibt, in Hinblick auf die Besonderheiten lokaler Verhältnisse Bauland einfacher auszuweisen.

Die Anforderungen an unsere Baupolitik sind so vielfältig wie unser Land selbst. Packen wir es an.

## **1. Bauland bereitstellen**

Bauland ist in unseren wachsenden Städten und Gemeinden ein knappes und teures Gut. Bauland ist aber auch die Grundvoraussetzung für den dringend benötigten Wohnungsbau und muss nachhaltig in die vorhandene Struktur integriert werden. Wir wollen daher den Kommunen die Möglichkeit einräumen, mit einer vereinfachten Ausweisung von Bauland gestalterisch tätig zu werden sowie städtischen Wildwuchs und Flächenfraß zu vermeiden. Auch nicht mehr benötigte Gewerbebrachen müssen in den Fokus der Stadtentwicklung rücken. Das sind Potenziale für die Entwicklung von Wohnraum, neuer Industrie und kulturellem Leben, die seit Jahren ungenutzt sind. Dies liegt auch daran, dass mit der Flächenaktivierung den Gemeinden hohe Kostenrisiken aufgebürdet werden. Die gezielte Unterstützung der Gemeinden bei der Bereitstellung benötigter neuer Infrastruktur kann Abhilfe schaffen und die Entscheider zu einer zügigen Entwicklung von baureifen Grundstücken motivieren.

## **2. Innenentwicklung forcieren**

In unseren Städten schlägt der Puls des Landes. Sie zeichnen sich durch eine hohe Lebensqualität, viele Arbeitgeber und einen vielfältigen Mix an Nutzungen aus. Viele Menschen zieht es in die Universitätsstädte Mecklenburg-Vorpommerns. Die Nachverdichtung bestehender Quartiere ist eine Option einer nachhaltigen Stadtentwicklung, um vorhandene Infrastruktur effektiv nutzen zu können. Dabei müssen wir beachten, dass unsere Städte sich durch sehr verschiedene Bauweisen und Gebietserschließungen auszeichnen. Damit vorhandene Potenziale erkannt, gesichert und ausgewertet werden können, fordern wir deshalb einen Baulücken- und Potentialflächenkataster, auf dessen Grundlage die Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten konkrete Zeit- und Maßnahmenpläne zur Bebauung dieser Flächen entwickeln können. Um alle möglichen Wohnraumpotenziale angepasst an die lokalen Besonderheiten erheben zu können, wollen wir ebenfalls Dachausbau- und Dachaufstockungen nutzen. Dazu müssen die Genehmigungsbehörden

ihre rigide Auslegung des Einfügungsgebots nach § 34 Baugesetzbuch beenden und auch vorhandene Garagen- und Stellplatzverordnungen entbürokratisieren und entrümpeln. Grundsätzlich soll der Ausbau von Dachgeschossen genehmigungsfrei sein, sofern dieser aus statischer und konstruktiver Sicht als unproblematisch bewertet werden kann, die notwendigen Treppenbreiten eingehalten werden, die Entfluchtung sichergestellt ist und das Stadtbild nicht tiefgreifend verändert wird. Wir wollen die entsprechenden Kommunen ermutigen, ihre Bebauungspläne anzupassen. Wir wollen neue Stadtviertel mit einer Dichte und Durchmischung wie zur Ära der Gründerzeit ermöglichen. Das bedeutet auch, dass wir wissen, dass neue digitale Möglichkeiten und Technologien Produktion und Wohnen wieder näher zueinander bringen werden. Hierzu bedarf es Anpassungen der Landesbauordnung und des Bundesimmissionsschutzgesetzes. Bei der Stadtplanung wollen wir auf langfristige Lösungen setzen, die auch zukünftige Entwicklungen im Auge behalten und für Verkehr und Anbindung neuer Stadtgebiete Reserveflächen belassen.

### **3. Schneller Genehmigen**

Wir haben beim Wohnungsbau keine Zeit zu verlieren. Ewig lange Genehmigungsverfahren mit unzähligen Gutachten und Abstimmungsrunden müssen deshalb ein Ende haben. Wir Freie Demokraten fordern deshalb kurze und transparente Fristen für Baugenehmigungen. Wird eine Baugenehmigung nicht innerhalb einer kurzen festzulegenden Frist erteilt und liegen alle Gutachten und Pläne der Bauvorlageberechtigten vor, darf der Bauherr loslegen. Auch bei beschleunigten Bauverfahren, muss die Bürgerbeteiligung sichergestellt sein. Als Freie Demokraten wollen wir daher Bürgerbeteiligung in digitaler Form ermöglichen. Wir brauchen unbürokratische, zentrale Zugangsstellen für Bauwillige, sogenannte One-Stop-Shops, und zur Beschleunigung der Verfahren ein Sonderprogramm zur Digitalisierung der Bauämter. Wir wollen bundesweite Typengenehmigungen ermöglichen, um dem seriellen und modularen Bauen Vorschub zu leisten. Wir wissen, dass in M-V in den Bauämtern ein großer Fachkräftebedarf herrscht. Diesem müssen wir mit attraktiven Angeboten für Berufsein- und umsteiger entgegenwirken, denn nur wo ein Amt besetzt ist, kann auch eine Genehmigung erteilt werden.

### **4. Digitalisierung vorantreiben**

Um die hohe Qualität der Genehmigungen und schnelle Verfahren gewährleisten zu können, müssen sich die Planungsämter neu aufstellen. Die dicke Bauakte im Regal muss endlich durch digitale Bearbeitungsprozesse abgelöst werden. Hierzu leitet M-V in der Bauministerkonferenz gerade federführend eine Arbeitsgruppe. Dies ist eine große Chance für uns, Mecklenburg-Vorpommern zum Vorreiter zu machen. Stellungnahmen, Beteiligungsprozesse und Planänderungen lassen sich bereits heute im virtuellen Raum umsetzen. Automatisierte Vorprüfungen der eingereichten Unterlagen erleichtern zudem den Mitarbeitern der Behörde den Arbeitsalltag. Dies spart nicht nur Zeit, es kann auch die Planungskosten senken und die Bauqualität weiter verbessern. Wir wollen die Schriftformerfordernis bei der Baubeantragung abschaffen. Laut Landesrechnungshof liegen Bauanträge in M-V 99,5% der Zeit im Amt nur herum, werden transportiert oder extern bearbeitet. Eine vernünftige Digitalisierung der Bauakten würde es ermöglichen, dass zu jeder Zeit alle Beteiligten ihren Zuständigkeiten entsprechend auf die Akten zugreifen könnten.

Die öffentliche Hand, Wohnungsbaugesellschaften aber auch private Bauherren stehen vor der Herausforderung, ihre Projekte von der Planung über den Bau bis hin zum Betrieb und der

Instandhaltung möglichst effizient, d.h. qualitativ hochwertig und dennoch kostensparend zu gestalten. Digitale Technologien bieten hier enorme Potenziale. Mit dem sog. Building Information Modeling (BIM) hat sich eine integrative Methode etabliert, die es ermöglicht, den gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks von der Planung über einzelne Bauphasen bis hin zu Bewirtschaftungsprozessen virtuell abzubilden. So können Informationsbrüche zwischen den einzelnen Planungs- und Bauphasen vermieden werden. Durch die transparente Darstellung aller Prozesse werden zudem Kostenrisiken minimiert. Wir wollen unser Bundesland hier zum Vorreiter machen und bei allen Großprojekten das BIM verpflichtend einführen.

## **5. Schneller Bauen**

Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen ist der Grundstein für die zügige Erstellung des dringend benötigten Wohnraums. Genauso wichtig ist für uns Freie Demokraten aber auch die schnelle Abwicklung der tatsächlichen Baumaßnahme. Der serielle und modulare Wohnungsbau bietet enorme Potentiale die Bauzeit zu verkürzen und zugleich ein attraktives Stadtbild zu gewährleisten, indem sich diese Art des Wohnungsbaus gut und vorteilhaft in die lokalen Gegebenheiten einfügen lässt. Um diese Chancen auch in der Praxis nutzen zu können, wollen wir Freie Demokraten die Anpassung der Landesbauordnung und final die generelle Vereinheitlichung aller Bauordnungen der Bundesländer unter der Musterbauordnung. Nur durch bundeseinheitliche Regelungen ist es die Unternehmen möglich, ihre Gebäudekonzepte und Module in der Masse zu produzieren, damit das Bauen schneller geht. Wir wollen außerdem die Entscheidungsspielräume der Kommunen erweitern und bei Ermessensentscheidungen das Ziel der Wohnraumschaffung höher gewichten als die Schaffung von Stellplätzen und Verkehrsinfrastruktur. Wir wollen die Klage- und Einwändemöglichkeiten im Baurecht an die bewährten Regelungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes angleichen.

## **6. Regulierungen beseitigen – Investitionen befreien**

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Abschaffung wirkungsloser oder sogar nachteiligen Regulierungen wie der Mietpreisbremse ein. Sie machen Investitionen in Wohnraum unattraktiver und verhindern dadurch Wohnungsbau. Auch die zahlreichen Regelungen im Rahmen von Erhaltungsverordnungen oder das immer komplexer werdende Mietrecht machen die Vermietung von Wohnraum unnötig kompliziert. Dies vertreibt gerade die kleinen Vermieter vom Markt. Unser Land muss hier so viel wie möglich tun, um dem Regulierungswahn der Bundesregierung entgegen zu gehen und diese schädlichen Begrenzungen beseitigen, wo es sinnvoll und möglich ist. Wir müssen die geltende Mietpreisbremse in M-V wieder aufheben.

## **7. Fachkräftemangel beseitigen**

Vor allem kleine und mittlere Unternehmen klagen derzeit über akuten Fachkräftemangel. Es fehlen hunderte Auszubildende und Fachkräfte in allen Bereichen. Auch für das Baugewerbe stellt der Fachkräftemangel ein entscheidendes Hindernis dar. Deshalb brauchen wir dringend einen Aufbruch in der Bildungspolitik und eine moderne Einwanderungspolitik. Wir Freie Demokraten setzen uns ein für eine Exzellenzinitiative für die berufliche Bildung und stärker modular aufgebaute Ausbildungen. Mit Blick auf den bereits vorhandenen Fachkräftemangel, die Demografie und unsere Wettbewerbsfähigkeit, brauchen wir eine Stärkung der Aus- und Weiterbildung. Wir müssen auch das Potenzial der Menschen in M-V erkennen und besser

nutzen. Dafür müssen wir verkürzte Ausbildungen bei vorhandenem Vorwissen oder Berufswechsel ermöglichen und in der Ausbildung stärker auf unterbrochene Lebensläufe eingehen.

## **8. Investitionen attraktiver machen – Abschreibungssätze anpassen**

Der aktuelle Abschreibungssatz für Gebäude unterstellt einen Lebenszyklus von 50 Jahren. Für den Rohbau mag diese Rechnung aufgehen, doch die Lebensdauer der Gebäudetechnik und –hülle wird auch durch ständige Innovation immer kürzer. Vor dem Hintergrund des immer größer werdenden Anteils der Ausbaurkosten an den Gesamtkosten muss eine Anpassung erfolgen. Deshalb wollen wir Freie Demokraten, die Möglichkeiten zur Abschreibung für Wohnungsbauinvestitionen deutlich zu verbessern. Statt mit Sonderabschreibungen ein kurzes, aber wirkungsloses Strohfeuer abzubrennen, wollen wir die lineare Abschreibung von 2 auf 3 Prozent erhöhen. Mit der Erhöhung der linearen Abschreibung wird ein wirksamer Impuls für die Neubauinvestitionen gesetzt, die langfristig zur Entspannung auf den Wohnungsmärkten beitragen und den Unternehmen der Bauwirtschaft langfristige Planungssicherheit geben können, damit ein nachhaltiger Beschäftigten- und Kapazitätsaufbau möglich wird.

## **9. Ein Land von Eigentümern**

Besonders junge Familien mit mittlerem und geringerem Einkommen haben es schwer, den Traum von den eigenen vier Wänden zu verwirklichen und Eigentum zu bilden. Ein Grund dafür sind die hohen Erwerbsnebenkosten. Einen Großteil dieser Kosten macht die Grunderwerbsteuer aus. Um diese Einstiegshürde zum Wohneigentum zu überwinden, wollen wir Freie Demokraten einen flexiblen, wiederauffüllbaren Freibetrag über 17.500€ bei der Grunderwerbsteuer einführen. Das entspricht einem Immobilienwert von 500.000€ mit dem ursprünglichen, deutschlandweiten Grunderwerbsteuersatz von 3,5%. Das Besondere an diesem Freibetrag ist, dass bei jedem Verkauf der entsprechenden Immobilie, der ursprünglich verwendete Anteil des Freibetrages zurückgebucht und damit erneut verfügbar wird. Dadurch ermöglichen wir den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes schon früh, Eigentum zu erwerben und es je nach Lebenslage unkompliziert zu wechseln. Der Freibetrag ist damit effektiv, unbürokratisch und zielgerichtet und der Startschuss für mehr Eigentum in Mecklenburg-Vorpommern.

## **10. Wohnung und Wohnort dürfen kein Luxus sein**

Der Druck auf die Universitätsstädte wird abnehmen, wenn wir in unserem ganzen Land schnelles Internet und guten Telefonempfang sicherstellen. Alles was zu einer lebenswerten Infrastruktur gehört, also Gerichte, Krankenhäuser, Glasfaser und moderne ÖPNV müssen gegeben sein. Des Weiteren wollen wir einen Paradigmenwechsel weg von der Objektförderung hin zu der Subjektförderung. Als Mittel dafür wollen wir das Wohngeld deutlich ausbauen und dynamisieren und die Antragsstellung digitalisieren und vereinfachen.

## **11. Rückbau**

Es gibt in unserem Land nach wie vor erheblichen Leerstand, der den Wohnungsmarkt in den entsprechenden Kommunen stark beeinträchtigt. Zu großer Leerstand kann zu einer niedrigen Angebotsmiete führen, die wiederum die Bereitschaft von Investoren senkt, Bestände zu

renovieren und damit zu erhalten. Wir wollen die Förderung des Rückbaus erhalten, um dem Wohnungsmarkt in M-V auch auf der anderen Seite wieder ins Gleichgewicht zu bringen und schädlichen Leerstand weiter zu reduzieren. Auch die Mittel für die Städtebauförderung wollen wir erhalten und so lange wie nötig verstetigen und Mecklenburg-Vorpommern und die positive Wirkung dieser Förderung beibehalten.

---

## **Karenzzeiten für Spitzenbeamte und Minister**

Wir Freien Demokraten fordern eine unbürokratische, unvoreingenommene und preiswerte Etablierung von zweijährigen Karenzzeiten für Parlamentarische Staatssekretäre und Landesminister.

Mit deren Austritt aus dem Amt sind diese für eine Zeit von 2 Jahren dazu zu verpflichten, jedes Anstellungsverhältnis, in das sie eintreten, beim Rechtsausschuss des Landtages des Landes Mecklenburg-Vorpommern anzuzeigen. Dieser entscheidet dann über die Rechtmäßigkeit der Aufnahme der angezeigten Anstellung.

---

## **Familie ist mehr als Ehe**

Wir Freie Demokraten stellen fest,

- dass der Schluss einer Ehe beziehungsweise einer eheähnlichen Gemeinschaft (sowie lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft im Sinne des § 1 LPartG) ein weltanschauliches Bekenntnis darstellt.
- dass Ehe und Familie keine miteinander identischen Konzepte sind.
- dass die Eignung zur Kindererziehung gänzlich unabhängig vom Ehe-Status und der sexuellen Ausrichtung der Eltern ist.
- dass aus diesem Grund eine rechtliche und steuerliche Besserstellung von Ehen beziehungsweise eheähnlichen Gemeinschaften auf der Grundlage ihres Ehe-Status nicht zu rechtfertigen ist.
- dass rechtliche und steuerliche Vorteile an die Eltern-Eigenschaft gekoppelt werden müssen, unabhängig vom Ehe-Status und dem Geschlecht sowie der sexuellen Orientierung der Eltern.

Wir Freie Demokraten fordern daher,

- dass der Staat keinen Familien- oder Lebensentwurf besserstellt als andere.
- dass die Adoptionsrichtlinien dahingehend angepasst werden, dass der Bestand einer Ehe nicht länger rechtliche oder faktische Voraussetzung für die Adoption eines Kindes darstellt. Stattdessen haben sich die Adoptionsrichtlinien einzig am Kindeswohl zu orientieren.
- dass das Ehegattensplitting umgewandelt wird in ein Familiensplittingmodell, in dem auch für jedes Kind dieselben Freibeträge gelten wie für erwachsene Familienangehörige.

- dass alle Benachteiligungen von Partnerschaften mit Kinderwunsch bei der Finanzierung empfängnisbegünstigender Krankenkassenleistungen beseitigt werden.
- 

## **Eine nationale Küstenwache schaffen**

Bereits im Jahr 1998 nach der Havarie der „Pallas“ wurde durch eine Expertenkommission gefordert, eine Seewache unter Zusammenschluss der auf See tätigen Dienste des Bundes einzurichten.

Die Einrichtung eines Havariekommandos war und ist ein erster grundsätzlich zu begrüßender Schritt. Doch das entstandene Havariekommando ist nicht das, was die Expertenkommission als Seewache gefordert hat. Es füllt auch nicht die Lücken im Unfallmanagement Deutsche Küste. Das Havariekommando erfüllt eben nur einen Teilaspekt der zu schaffenden übergeordneten Küstenwache und ist in seinen juristischen und organisatorischen Konstruktionen zu überprüfen.

Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die seinerzeit bestehende Organisation der Notfallhilfe mit einer Vielzahl von Beteiligten den Anforderungen nicht gerecht wurde und offenbarte die mangelnde Koordination der einzelnen Akteure.

Bis heute hat die Bundesregierung es nicht geschafft, bei Notsituationen auf See eine Organisationsstruktur mit Hilfe des Havariekommandos zu etablieren, die mit transparenten Einsatzplänen für alle Akteure die Einsatzleitung übernimmt.

Auch die Havarie des Frachtschiffes „Glory Amsterdam“ am 29. Oktober 2017 vor der Insel Langeoog legt diesen Schluss nahe. Bei einem Austreten des Schweröl-Vorrates wäre es beinahe zu einer Naturkatastrophe im UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer gekommen, die nur aufgrund der günstigen Havarieumstände nicht stattgefunden hat. Allerdings traten zahlreiche Probleme während der Notschleppversuche auf, die Widersprüche des Einsatzkonzeptes des Havariekommandos mit dem Sicherheitskonzept Deutsche Küste offenbarten.

Im Maritimen Sicherheitszentrum (MSZ), das aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung im Jahr 2005 von den fünf Küstenländern und dem Bund geschaffen wurde, sollen das Havariekommando, die Bundespolizei, der Zoll, die Wasserschutzpolizeien der Länder, die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung und die Fischereiaufsichtsbehörden fachlich und räumlich zusammenarbeiten, um den Schutz der maritimen Umwelt und die Sicherheit des Seeverkehrs zu erhöhen sowie die Kriminalität auf See effektiv zu bekämpfen.

Es soll effektiver auf entsprechende Gefahren reagieren und die notwendigen operativen Maßnahmen zur Abwehr eines terroristischen Anschlags auf See und anderer Gefahren einleiten.

Auch das MSZ war und ist ein richtiger und wichtiger Schritt in Richtung Sicherheit an der deutschen Küste – aber auch dort ist die Bundesregierung auf halbem Wege stehengeblieben. Effizienzgewinne, die in der WP 17 vereinbart wurden und „eine bessere Zusammenarbeit“ forderten, stehen bis heute aus. Kooperationen und

Synergien, im Vergleich zu der Situation vor „Pallas“ in der Abstimmung, sind einzig und allein beschränkt auf die konkrete Zusammenarbeit innerhalb des MSZ. Eine weitergehende Behördenkooperation bei der Beschaffung und im Personalmanagement, teils in Bundes- und teils in Länderzuständigkeit, fehlt jedoch noch immer. Gemeinsam geführte Einsätze oder gemeinsam bemannte Schiffe, wie BMF und BMI es über Jahre zu implementieren versuchten, sind noch immer in weiter Ferne. Somit hat man bis heute nicht die nach dem Pallas-Unglück geforderten und gewollten echten Führungsstrukturen mit rechtssicheren Durchgriffsrechten geschaffen. Folglich waren auch 2017 bei der Havarie der „Glory Amsterdam“ erhebliche Führungsdefizite im Ernstfall erkennbar und letztlich wurde zu spät Verantwortung übernommen und polizeiliche Anordnungen erlassen.

Auch Veränderungen der maritimen Sicherheitslage haben inzwischen dazu geführt, dass die heutige Organisationsstruktur den Entwicklungen im Bereich der maritimen Sicherheitsvorsorge nicht mehr gerecht wird und die größtmögliche Sicherheit und ein schnelles einsatzfähiges Management für alle Gefahrenlagen nicht gegeben ist.

### **Deshalb fordern wir Freie Demokraten die Einrichtung einer nationalen Küstenwache.**

Auch die Entwicklungen im Bereich Offshore, die erhöhten Schiffsverkehre, einhergehend mit der Größe der Schiffe und dementsprechend auch der Transportmenge auf See sowie die Digitalisierung machen ein Umdenken in der Struktur der bestehenden Organisationen notwendig.

Die neue nationale Küstenwache soll geographisch für die Seehäfen, das Küstenmeer (Hoheitsgewässer), die Zwölf-Seemeilen-Anschlusszone und für die ausschließliche Wirtschaftszone zuständig sein. Die Bundeswehr ist dabei nicht betroffen.

Das Havariekommando und das MSZ gehen in der neuen Küstenwache auf. Darüber hinaus soll die Küstenwache u. a. die Koordination des gesamten Bereichs Erforschung und Abwehr von Gefahren für die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs abdecken sowie die Abwehr externer Gefahren für den Seeverkehr und die Umwelt und die Aufgaben der Bundespolizei See, der Fischereiaufsicht und der Zollkontrolle zu See übernehmen.

Die Küstenwache soll die Einhaltung und Überwachung nationaler und internationaler Gesetze (z. B. Hafenstaatkontrolle) sicherstellen. Auch polizeiliche Aufgaben wie die strom- und schiffahrtspolizeilichen Aufgaben der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung und die allgemeine Gefahrenabwehr auf See und die Abwehr von z. B. terroristischen Gefahren muss die zu schaffende Küstenwache wahrnehmen. Die Möglichkeit der Amtshilfe bleibt hiervon unberührt.

### **Wir Freie Demokraten fordern deshalb, eine nationale Küstenwache in drei Schritten zu realisieren:**

#### **1. Schritt: Zusammenfassung aller Bundeszuständigkeiten**

Die bisher auf viele unterschiedliche Bundesbehörden auf Grund vielfältiger Rechtsgrundlagen verteilten Zuständigkeiten und Befugnisse im Bereich des Küstenschutzes müssen einheitlich in einem Gesetz für die nationale Küstenwache

zusammengeführt werden, insbesondere ist das Seeaufgabengesetz dahingehend zu ändern, dass die sich daraus ergebenden Zuständigkeiten des Bundes einheitlich der nationalen Küstenwache übertragen werden. Dies schafft Übersichtlichkeit und die notwendige Rechtsklarheit und Doppelzuständigkeiten und Reibungsverluste werden vermieden.

## **2. Schritt: Wahrnehmung der bisher von Landesbehörden wahrgenommenen Aufgaben des Bundes durch Bundesbehörden**

Die bisher auf Grund der Vereinbarungen mit den Küstenländern i. S. d. § 3 i. V. m. § 1 Nr. 2 des Seeaufgabengesetzes (SeeaufgG) von Landesbehörden im Wege der Organleihe wahrgenommenen schiffahrtspolizeilichen Aufgaben sind auf originäre Bundesbehörden zu übertragen, so dass der Bund künftig die festgelegten Aufgaben schiffahrtspolizeilicher und umweltschützender Art wieder selbst durch eine unmittelbare Bundesbehörde, die nationale Küstenwache wahrnimmt.

## **3. Schritt: Übertragung der entsprechenden Landeskompetenzen auf den Bund durch eine Grundgesetzänderung**

Zum anderen ist das Grundgesetz dahingehend zu ändern, dass die Aufgaben und Befugnisse, die Behörden der Länder auf See und in Seehäfen über § 1 Nr. 2 SeeaufgG hinaus in der allgemeinen Gefahrenabwehr wahrnehmen und ausüben, auf den Bund zur Wahrnehmung und Ausübung durch die nationale Küstenwache übertragen werden. Nur so kann eine effektive und effiziente Arbeit der nationalen Küstenwache nach rechtlich klaren Vorgaben gewährleistet werden. Die haushalterischen Voraussetzungen sind in Abstimmung mit den Ländern zu schaffen.